

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XLIII
-----------------------	-------

§ 1 Die Ermittlung des unterhaltsrechtlich relevanten Einkommens

1. Abschnitt: Überblick und Grundlagen	Rn
I. Der Unterhaltsanspruch	1
1. Unterhaltsberechtigungen	1
2. Struktur des Unterhaltsanspruchs	1 d
3. Prüfungsschema	2
4. Höhe des Unterhalts und Zahlungsweise	2 a
5. Härteregeleungen	2 d
6. Unterhalt und Sozialhilfe	2 e
7. Gerichtliches Verfahren	2 f
II. Zu den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	
1. Die Bedeutung von Tabellen und Leitlinien in der Praxis	3
2. Tabellen zum Unterhaltsbedarf	6
3. Oberlandesgerichtliche Leitlinien zum Unterhaltsrecht	7
III. Zum anrechenbaren monatlichen Nettoeinkommen	8
1. Grundsatz der unterschiedslosen Erfassung aller Einkünfte aus allen Einkommensarten	9
2. Zur Berechnung des anrechenbaren Nettoeinkommens	10
3. Zum monatlichen Nettoeinkommen	11
4. Zur Berücksichtigung von Abfindungen und einmaligen höheren Zuwendungen	16
IV. Unterschiedliche Berücksichtigung der Einkünfte bei der Berechnung des Kindesunterhalts und des Ehegattenunterhalts	
1. Berücksichtigung der Einkünfte beim Kindesunterhalt	18
2. Berücksichtigung der Einkünfte beim Ehegattenunterhalt	20
3. Zusammenfassendes Ergebnis	27
V. Ermittlung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte anhand steuerrechtlicher Unterlagen	
1. Darlegung der Parteien zum unterhaltsrechtlich relevanten Einkommen	28
2. Richterliche Ermittlung unterhaltsrechtlich relevanter Einkünfte und Vorlage von Unterlagen	31
3. Unterhaltsrechtliche Relevanz steuerrechtlich erfasster Einkünfte	33
4. Steuerrechtliche und unterhaltsrechtliche Einkunftsarten	37
5. Gliederung der unterhaltsrechtlich relevanten Einkünfte	40
2. Abschnitt: Einkünfte aus abhängiger Arbeit sowie Nebeneinkünfte und Lohnersatzleistungen bei oder nach einem bestehenden Arbeitsverhältnis	
I. Überblick	
1. Bruttoeinnahmen und berufsbedingte Aufwendungen	46
2. nicht berufsbedingte Aufwendungen	49

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn
II. Der Prüfungszeitraum	50
III. Typische Bruttoeinnahmen	55
1. Barbezüge aller Art	56
2. Zweckbestimmte Entgelte für berufsbedingte Mehraufwendungen wie Spesen, Reisekosten und Auslösungen	63
3. Die Leitlinien zu den Spesen, Reisekosten, Auslösen	64
4. Vergütungen und Zuschläge für Überstunden, Mehrarbeit, Urlaubsabgeltung und sonstige überobligationsmäßige Belastungen, wie bei Zuschlägen für Schicht-, Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit sowie bei Zulagen für Schmutz-, Schwer- und Schwerstarbeit	69
5. Sachbezüge, d. h. zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die in einem geldwerten Vorteil bestehen	71
6. Einmalige Zahlungen und Sonderzuwendungen wie z. B. Abfindungen	74
7. Einkünfte aus Nebentätigkeiten und sonstiger Zweitarbeit neben einer hauptberuflichen Tätigkeit	80
8. Sozialleistungen mit Lohnersatzfunktion	
IV. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen	87
1. Berufs- und ausbildungsbedingte Aufwendungen als Abzugsposten	89
2. Zur Pauschalierung berufsbedingter Aufwendungen	95
3. Konkrete Bemessung berufsbedingter Aufwendungen	96
4. Berechnung von Fahrtkosten	102
5. Zusammenstellung weiterer berufsbedingter oder ausbildungsbedingter Aufwendungen	109
6. Berufsbedingte Aufwendungen, für die Zulagen oder ähnliche Entgelte gezahlt werden	
3. Abschnitt: Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
I. Steuerliche Grundlagen der Gewinnermittlung	110
II. Überblick zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	112
1. Zum Personenkreis	113
2. Umfang der Einkünfte aus Gewerbebetrieb	116
3. Gesetzliche Grundlagen der Gewinnermittlung	118
4. Ausnahmeregelungen	
III. Der Jahresabschluss	119
1. Handelsbilanz	124
2. Steuerbilanz	126
3. Gewinn- und Verlustrechnung	
IV. Die Doppelte Buchführung	128
1. Vorbemerkung	129
2. Grundzüge der doppelten Buchführung	133
3. Buchung auf Bestandskonten	137
4. Buchung auf Erfolgskonten	139
5. Die Gewinn- und Verlustrechnung	141
6. Das Privatkonto oder das Variable Kapitalkonto	145
7. Entwicklung des Jahresabschlusses aus der Buchführung	
V. Die steuerliche Behandlung des Anlagevermögens	147
1. Definition	148
2. Arten des Anlagevermögens	

	Rn
3. Anschaffungskosten in der Bilanz	149
4. Absetzung für Abnutzung in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung	150
5. Lineare AfA	154
6. Degressive AfA	155
7. Sonderabschreibung und Ansparrücklage	156
8. Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern	158
9. Veräußerungserlöse	159
10. Finanzierung	160
VI. Unterhaltsrechtlich relevante Merkmale der Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich	
1. Periodengerechte Gewinnermittlung	162
2. Wareneinkauf, Bestandsveränderungen und Inventur	173
3. Gewillkürtes Betriebsvermögen	175
VII. Entnahmen und Einlagen	
1. Entnahmen	176
2. Einlagen	182
4. Abschnitt: Sonstige Gewinneinkünfte – Einkommensermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung und nach Durchschnittssätzen sowie das Einkommen von Personengesellschaften –	
I. Einnahmen-Überschuss-Rechnung	
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	183
2. Die Methode der Gewinnermittlung und Unterschied zur Gewinn- und Verlustrechnung	186
3. Steuerliche Unterlagen	188
4. Unterschiede zur Gewinn- und Verlustrechnung	190
II. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	
1. Zum Personenkreis und zur Einkommensermittlung	199
2. Die Ermittlung der Durchschnittssätze	200
III. Einkommensermittlung durch Schätzung	202
IV. Wechsel der Gewinnermittlungsart	203
V. Ermittlung des Einkommens von Personengesellschaften	
1. Gesetzliche Grundlagen und Personenkreis	204
2. Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung	206
5. Abschnitt: Gewinneinkünfte im Unterhaltsrecht	
I. Vorbemerkung	
1. Verwertbarkeit steuerlicher Einkommensermittlung im Unterhaltsrecht . . .	209
2. Vorbehalt der Nachprüfung	211
3. Steuerliche Betriebsprüfung	212
4. Steuerhinterziehung	213
II. Steuerrechtlich und unterhaltsrechtlich irrelevante Aufwendungen	214
III. Unterhaltsrechtlich relevante Unterschiede zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Einnahmen-Überschussrechnung	216
IV. Unterhaltsrechtliche Bewertung der Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen und durch Schätzung	

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn
1. Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen	218
2. Steuerliche Gewinnschätzungen	219
V. Posten der Gewinn- und Verlustrechnung und der Einnahmen-Überschussrechnung nach unterhaltsrechtlichen Kriterien	
1. Erträge/Einnahmen	220
2. Aufwand/Betriebsausgaben	232
VI. Bilanzposten in unterhaltsrechtlicher Betrachtung	
1. Vorbemerkung	263
2. Anlagevermögen	264
3. Umlaufvermögen	265
4. Forderungen und Verbindlichkeiten	266
5. Anzahlungen	267
6. Rechnungsabgrenzungsposten	268
7. Rückstellungen	269
8. Wertberichtigungen	271
9. Kapital	272
10. Privatentnahmen und Privateinlagen	273
VII. Berechnung des Einkommens	
1. Prüfungszeitraum	274
2. Berücksichtigung von Verlusten aus mehreren Wirtschaftsjahren	274 a
3. Berücksichtigung außerbetrieblicher Aufwendungen	275
VIII. Auskunft- und Belegpflichten	
1. Allgemeines	276
2. Besonderheiten des Auskunftsanspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbständigen	277
3. Besonderheiten des Beleganspruchs gegenüber Gewerbetreibenden und Selbständigen	279
4. Besonderheiten bei Personengesellschaften	284
5. Auskünfte von Land- und Forstwirten	285
6. Auskunftspflichten bei Schätzungen	286
IX. Alternative Methoden der Einkommensermittlung	
1. Entnahmen als Grundlage der Einkommensermittlung	287
2. Cash flow	291
6. Abschnitt: Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus einem Wohnvorteil	
I. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
1. Zur Einkunfts- und Gewinnermittlungsart	293
2. Einnahmen	296
3. Abziehbare Ausgaben	298
4. Verluste	302
5. Zurechnung von Mieteinnahmen aus einem gemeinsamen Objekt und fiktive Mieteinnahmen aus unterlassener zumutbarer Vermietung	303
6. Eigene Mietkosten	310a

	Rn
II. Der Wohnvorteil beim Wohnen im eigenen Haus	
1. Der Wohnvorteil als unterhaltsrechtlich zu berücksichtigender Vermögensvorteil	311
2. Die unterhaltsrechtliche Bewertung des Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	314
3. Eigenheimzulage	331
4. Abziehbare Hauslasten, Instandhaltungskosten und Annuitätsleistungen vom Wohnwert	334
5. Abzug von Hausschulden, die den Wohnwert übersteigen, vom sonstigen Einkommen	354
6. Nutzungsentschädigung	362a
7. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen eines Wohnvorteils beim Ehegattenunterhalt	365
8. Wohnvorteil und Unterhalt nach Veräußerung des Familienheims	382
9. Unterhaltsrechtliche Auswirkungen des Wohnwertes beim Verwandtenunterhalt	396
7. Abschnitt: Einkünfte aus Vermögen, Verwertung des Vermögensstammes und fiktive Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung bzw. unterlassener Verwertung des Vermögensstammes	
I. Einkünfte aus Vermögen	
1. Vermögenserträge	403
2. Anrechnung von Vermögenseinkünften	404
3. Ermittlung der Vermögenserträge	407
4. Einkünfte aus Kapitalvermögen	408
5. Einkünfte aus Grundstücken	409
II. Zur Verwertung des Vermögensstammes	
1. Obliegenheit zur Verwertung des Vermögensstammes aufgrund einer Billigkeitsabwägung	410
2. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim nachehelichen Unterhalt; § 1577 III BGB	411
3. Verwertung des Vermögensstammes des Berechtigten beim Trennungunterhalt	414
4. Vermögensverwertung beim Verpflichteten im Rahmen von Ehegattenunterhalt	417
5. Vermögensverwertung beim Kindesunterhalt	419
6. Vermögensverwertung beim Elternunterhalt	421a
7. Vermögen dient der lebenslangen Unterhaltssicherung	422
8. Verwertung von Grundstücken	423
9. Verwertung des ausgezahlten Kapitals einer Lebensversicherung	424 a
III. Zurechnung fiktiver Erträge bei unterlassener zumutbarer Vermögensnutzung oder Vermögensverwertung	
1. Fiktive Zurechnung erzielbarer Erträge im Rahmen einer Obliegenheit zur Erzielung von Vermögenserträgen oder zur Vermögensverwertung	425
2. Obliegenheiten bei Immobilien	427
3. Obliegenheiten bei Barvermögen, wie Sparguthaben, Zugewinnausgleichzahlungen oder Veräußerungserlösen	428
4. Obliegenheit zur Vermögensumschichtung	429
5. Obliegenheit zur Einziehung von Forderungen, zur Kreditaufnahme und zur Belastung eines Vermögens	432
6. Obliegenheit zur Verwertung von Erbanteilen und Pflichtteilsrechten	434
7. Höhe der fiktiv zurechenbaren Erträge	436
	XV

	Rn
8. Abschnitt: Einkünfte aus Pensionen, Renten und ähnlich wiederkehrenden Bezügen nicht Erwerbstätiger	
1. Allgemeines	438
2. Arten von Versorgungsbezügen und Renten nebst Zulagen und Zuschlägen	439
3. Berücksichtigung von konkretem Mehrbedarf und Mehraufwand	441
4. Berücksichtigung von Nebeneinkünften	447
5. Berücksichtigung eines Rentenanspruchs ab Antragstellung und einer Rentennachzahlung	448
9. Abschnitt: Sonstige Einkünfte aus sozialstaatlichen Zuwendungen, freiwilligen Zuwendungen Dritter, Versorgungsleistungen des Berechtigten für seinen neuen Partner, aus Unterhaltsleistungen, Schmerzensgeld sowie nicht anzurechnende Vermögensvorteile	
I. Sozialstaatliche Zuwendungen wie Wohngeld, BAföG, Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld, Ausbildungsbeihilfen und -geld sowie Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz	
1. Allgemeines	451
2. Zur Anrechnung von Wohngeld und Eigenheimzulagen	452
3. Zur Anrechnung von BAföG-Leistungen	456
4. Kindergeld	460
5. Pflege- und Erziehungsgeld, Kindergeld für Pflegepersonen, Erziehungsgeld, Leistungen nach dem Stiftungs- und dem Kindererziehungsleistungsgesetz	463
6. Ausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld nach dem Arbeitsförderungsrecht (SGB III = AFG)	467
7. Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz	467a
II. Freiwillige unentgeltliche Zuwendungen eines Dritten	468
III. Zuwendungen des neuen Partners an den Berechtigten sowie Gegenleistungen des Berechtigten an den neuen Partner	
1. Allgemeines	471
2. Zur Anrechnung von Leistungen des neuen Partners	472
3. Zur fiktiven Anrechnung einer angemessenen Vergütung für Versorgungsleistungen des Unterhaltsberechtigten	474
4. Zur Bemessung der angemessenen Vergütung	476
5. Zur Wohnungsgewährung durch den neuen Partner	478
IV. Unterhaltsleistungen als anrechnungsfähiges Einkommen	
1. Grundsatz	479
2. Ausnahmen	480
V. Schmerzensgeld	482
VI. Zu den nicht als Einkommen anzurechnenden Geldeinkünften	483
10. Abschnitt: Fiktives Einkommen aus unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Unterhaltsschuldner	
1. Allgemeine Grundsätze	487
2. Leistungsfähigkeit des Verpflichteten bei leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung (oder -verlust) durch Arbeitsaufgabe, Berufswechsel, berufliche Verselbständigung oder sonstige berufliche Veränderung	494

	Rn
3. Unterhaltsbemessung bei nicht leichtfertig herbeigeführter Einkommensminderung	502
4. Fiktive Zurechnung von Einkünften bei der Bedarfsbemessung	508
5. Arbeitsplatzaufgabe wegen beruflicher Weiterbildung oder Zweitausbildung	513
6. Fiktives Einkommen bei Selbständigen	515
7. Fiktives Einkommen bei Arbeitsplatzverlust infolge von Straftaten, sonstigen Verfehlungen oder Alkoholmissbrauch	516
8. Fiktives Einkommen bei unentgeltlichen oder unterbezahlten Dienstleistungen gegenüber Dritten	518
II. Zurechnung fiktiver Einkünfte beim Berechtigten	
1. Bedürftigkeitsminderung durch Zurechnung fiktiver Einkünfte bei unterlassener zumutbarer Erwerbstätigkeit	519
2. Zumutbare Erwerbstätigkeit des Berechtigten	523
III. Ernsthafte Bemühungen um eine Erwerbstätigkeit und reale Beschäftigungschancen	
1. Ernsthafte Bemühungen um eine Arbeitsstelle	527
2. Reale Beschäftigungschance auf dem Arbeitsmarkt	529
3. Darlegungs- und Beweislast zu den Arbeitsbemühungen und zur Beschäftigungschance	531
IV. Krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit	
1. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit und Pflicht zur Wiederherstellung der Arbeitskraft	532
2. „Rentenneurose“ des Berechtigten	534
V. Bemessung und Dauer der fiktiven Einkünfte	
1. Zur Bemessung fiktiver Einkünfte	536
2. Zur Dauer fiktiver Einkünfte	538
3. Vorsorgeunterhalt	539
11. Abschnitt: Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	
I. Grundsatz	
1. Abgrenzung zumutbare und unzumutbare Tätigkeit	540
2. Erwerbstätigkeit des Berechtigten trotz Betreuung kleiner Kinder	543
II. Zur Anrechnung von Einkommen aus unzumutbarer Tätigkeit beim Berechtigten	
1. Anrechnung nach § 1577 II BGB beim Ehegattenunterhalt	546
2. Anrechnung bei Ehegatten nach altem Recht (§§ 58 ff. EheG)	551
3. Anrechnung bei Kindern	557
III. Anrechnung vom Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit beim Verpflichteten	
1. Einkünfte des Verpflichteten aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	554
2. Zur Anrechnung solcher Einkünfte	557
12. Abschnitt: Unterhalt und Einkommensteuer	
I. Die Erhebung der Einkommensteuer	
1. Vorbemerkung	558
2. Veranlagungsart und Lohnsteuerklassen	559
3. Die Erhebung der Einkommensteuer	562
4. Die Zahlung von Einkommensteuern.	563

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 1

	Rn
II. Folgen für das unterhaltsrechtlich relevante Einkommen	
1. Problemstellung	565
2. Rechtsprechung des BGH (In-Prinzip)	567
3. Die Kritik an der BGH-Rechtsprechung	573
4. Fazit	575
III. Die Verteilung der Steuerbelastung	
1. Steuerliche Vorschriften	578
2. Verbindlichkeit der Aufteilungsregelung bis zur Trennung	579
3. Aufteilung für die Zeit zwischen Trennung und Ende des Trennungsjahrs	580
4. Verfahren bei Steuererstattungen	581
5. Steuererstattungen, Steuernachzahlungen und Zugewinnausgleich	582
IV. Die Abzugsfähigkeit von Unterhaltslasten beim Einkommen	
1. Realsplitting	584
2. Außergewöhnliche Belastung	587
13. Abschnitt: Berechnung des bereinigten Nettoeinkommens durch unterhaltsrechtlich relevante Abzüge	
I. Überblick zu den unterhaltsrechtlich relevanten Abzügen	
1. Das bereinigte Nettoeinkommen	588
2. Die Abzugsposten im Einzelnen	589
II. Abzug von Steuern	
1. Abzug der tatsächlich angefallenen Steuern	591
2. Nachweise	595
III. Abzug von Vorsorgeaufwendungen	
1. Bei Nichtselbständigen	596
2. Bei Selbstständigen und Gewerbetreibenden	598
3. Krankenversicherungs- und Vorsorgeunterhalt	599
IV. Berufsbedingte Aufwendungen	
1. Bei Gewinnermittlung	601
2. Bei Einkünften aus Kapital und Vermietung und Verpachtung	602
3. Bei Renten, Pensionen	603
4. Bei Nichtselbstständigen	604
V. Kinderbetreuungskosten und Betreuungsbonus	605
VI. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Krankheit, Behinderung und Alter	
1. Mehrbedarf und Mehrbedarfsfälle	606
2. Berücksichtigung eines Mehrbedarfs	610
VII. Berücksichtigung von Schulden	
1. Zur Problematik der Berücksichtigung von Schulden sowie zu Regelungen in den Leitlinien	614
2. Abzug ehebedingter Schulden bei der Bedarfsermittlung des Ehegattenunterhalts	622
3. Kein Vorabzug trennungsbedingter Verbindlichkeiten vom Einkommen	632
4. Berücksichtigungswürdige Schulden im Rahmen der Leistungsfähigkeit	638
5. Schuldentilgung bei Überschuldung im Rahmen eines vernünftigen Tilgungsplanes	644

	Rn
6. Verbraucherinsolvenz bei Überschuldung	648 a
7. Berücksichtigung von Schulden beim Verwandtenunterhalt	649
VIII. Nur beim Ehegattenunterhalt und sonstigem Verwandtenunterhalt zu berücksichtigende Abzüge	
1. Kindesunterhalt und sonstige vorrangige Unterhaltslasten	655
2. Vermögenswirksame Leistungen des Pflichtigen	659
14. Abschnitt: Der Anspruch auf Auskunft und Vorlage von Belegen	
I. Der Auskunftsanspruch	
1. Allgemeiner Überblick	661
2. Auskunft beim Ehegattenunterhalt	664
3. Auskunft beim Kindesunterhalt	665
4. Auskunft beim Elternunterhalt	666a
II. Die Auskunftserteilung	
1. Die systematische Aufstellung	667
2. Der Zeitraum	672
3. Die Kosten	673
4. Zur Häufigkeit	674
5. Schadensersatzanspruch bei Verstoß gegen die Auskunftspflicht	676
III. Vorlage von Belegen über das Einkommen	
1. Allgemeines	677
2. Der Umfang der Vorlegungspflicht	678
IV. Die Vollstreckung von Titeln zur Auskunft und zur Vorlage von Belegen	
1. Vollstreckungsfähige Titel	686
2. Die Art der Vollstreckung	689
V. Die eidesstattliche Versicherung	
1. Voraussetzungen	692
2. Die Durchsetzung des Anspruchs	695
VI. Die Verpflichtung zu ungefragten Informationen	
1. Voraussetzungen	696
2. Die Folgen des Verschweigens	699

§ 2 Kindes- und Verwandtenunterhalt

A. Kindesunterhalt

1. Abschnitt: Grundlagen

I. Entstehung und Dauer des Unterhaltsanspruchs	
1. Eltern-Kind-Verhältnis	1
2. Übersicht über die wichtigsten Anspruchsvoraussetzungen und Einwendungen gegen den Anspruch	2
3. Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	5
II. Unterhaltsarten	
1. Bar-, Betreuungs- und Naturalunterhalt	8
2. Gleichwertigkeit von Bar- und Betreuungsunterhalt	11
3. Verhältnis des Minderjährigen- zum Volljährigenunterhalt	17

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn
III. Bestimmungsrecht der Eltern	
1. Bestimmungsrecht	21
2. Bestimmungsberechtigung	27
3. Wirksamkeit der Unterhaltsbestimmung	35
4. Abänderung der Bestimmung durch das Familiengericht	39
5. Prozessuales	41
2. Abschnitt: Bedürftigkeit des Kindes	
I. Unvermögen des Kindes, sich selbst zu unterhalten	
1. Nichterwerbspflichtige Kinder	42
2. Ausbildungsbedürftige Kinder	45
3. Erwerbspflichtige Kinder	48
4. Erwerbspflicht des Kindes trotz Schwangerschaft oder Betreuung eines eigenen Kindes	50
II. Ausbildungsunterhalt	
1. Ausbildungsanspruch	56
2. Berufswahl	59
3. Ausbildungsverpflichtungen des Kindes und Ausbildungsdauer	65
4. Finanzierung einer Zweitausbildung	73
5. Weiterbildung, insbesondere Studium nach einer praktischen Ausbildung	78
III. Einkommen und Vermögen des Kindes	
1. Anrechenbare Einkünfte des Kindes	86
2. Anrechnung einer Ausbildungsvergütung	90
3. Anrechnung von Einkommen auf Barunterhalt und auf Betreuungsunterhalt	96
4. Freiwillige Zuwendungen eines Dritten oder eines Elternteils	100
5. Berücksichtigung des Kindesvermögens	106
3. Abschnitt: Barbedarf des Kindes	
I. Bedarfsbemessung nach der von den Eltern abgeleiteten Lebensstellung des Kindes	
1. Lebensstellung des Kindes und Unterhaltsbedarf	108
2. Einkommen als Kriterium der Lebensstellung der Eltern	113
3. Einkommensverhältnisse der Eltern im Unterhaltszeitraum	116
4. Bedarfsbemessung bei alleiniger Barunterhaltspflicht eines Elternteils	117
5. Bedarfsbemessung bei Barunterhaltspflicht beider Eltern	119
II. Regelbedarf, regelmäßiger Mehrbedarf und Sonderbedarf	
1. Pauschalierung des Kindesunterhalts nach Tabellen	122
2. Mindestbedarf und Existenzminimum	127
3. Bedarfsbemessung bei besonders günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern	128
4. Regelmäßiger Mehrbedarf	133
5. Sonderbedarf	138
4. Abschnitt: Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen	
I. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Unterhaltsschuldners	140
II. Anrechenbare Einkünfte des Schuldners	
1. Tatsächliche Einkünfte	142
2. Fiktive Einkünfte	144
3. Unterhaltsleistungen als anrechenbare Einkünfte	148

	Rn
III. Berücksichtigung sonstiger Verpflichtungen des Schuldners	
1. Schulden	158
2. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Unterhaltsansprüche anderer Berechtigter; Mangelfälle	159
3. Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit durch Betreuung eines anderen unterhaltsberechtigten Kleinkindes	166
4. Minderung der Leistungsfähigkeit durch Umgangskosten	168
IV. Leistungsfähigkeit eines Elternteils bei Übernahme der Haushaltsführung nach Wiederverheiratung oder Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft („Hausmannsrechtsprechung“)	
1. Erwerbsobliegenheit des wiederverheirateten, haushaltführenden Ehegatten gegenüber gleichrangigen Berechtigten, insbesondere gegenüber minderjährigen Kindern aus erster Ehe	172
2. Umfang der Erwerbsobliegenheit des haushaltführenden Ehegatten; Verpflichtungen des neuen Partners	179
3. Bemessung der dem Verpflichteten anzurechnenden (fiktiven) Nebeneinkünfte	184
4. Unterhaltspflicht des haushaltführenden Elternteils gegenüber einem volljährigen Kind	187
5. Hausmannsrechtsprechung bei Übernahme der Haushaltsführung in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	190
5. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch minderjähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt minderjähriger Kinder	193
II. Grundsätze der Bemessung des Bedarfs minderjähriger Kinder	
1. Der Unterhalt des nichtehelichen Kindes bis zum 30. 6. 1998	203
2. Die Bedarfsbemessung bei ehelichen und nichtehelichen Kindern seit dem 1. 7. 1998	204
III. Die Düsseldorfer Tabelle und die Vortabellen für das Beitrittsgebiet	
1. Vorbemerkung	207
2. Die Düsseldorfer Tabelle, Stand: 1. 7. 2003/1. 1. 2002	209
3. Allgemeines zur Anwendung der Düsseldorfer Tabelle	211
4. Zu- oder Abschläge bei den Bedarfssätzen	231
5. Der Bedarfskontrollbetrag	239
IV. Dynamischer Unterhalt nach Regelbeträgen	246 a
V. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt minderjähriger Kinder	
1. Gesteigerte Unterhaltsverpflichtung der Eltern nach § 1603 II 1 BGB	247
2. Notwendiger Selbstbehalt bei gesteigerter Unterhaltspflicht	260
3. Die Bemessung des notwendigen Selbstbehalts nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	263
4. Keine gesteigerte Unterhaltsverpflichtung bei Vorhandensein eines anderen leistungsfähigen Verwandten	271
VI. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils oder Beteiligung beider Eltern am Barunterhalt	
1. Alleinige Barunterhaltspflicht eines Elternteils	282
2. Barunterhaltspflicht des betreuenden Elternteils	287
3. Anteilige Barunterhaltspflicht beider Eltern nach § 1606 III 1 BGB	289
4. Unterhalt bei Geschwistertrennung	309
5. Kindesunterhalt bei gemeinsamer elterlicher Sorge	316

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 2

	Rn
VII. Mehrbedarf minderjähriger Kinder	
1. Berechtigung des Mehrbedarfs	317
2. Berechnung des geschuldeten Unterhalts bei berechtigtem Mehrbedarf	323
3. Mehrbedarf des behinderten minderjährigen Kindes	326
6. Abschnitt: Der Unterhaltsanspruch volljähriger Kinder	
I. Besonderheiten beim Unterhalt volljähriger Kinder	330
II. Bedürftigkeit des volljährigen Kindes	
1. Auswirkungen der Volljährigkeit auf die Bedürftigkeit	342
2. Unterhalt bei Wehr- oder Ersatzdienst, freiwilliges soziales Jahr	346
3. Anrechnung von Einkommen, Vermögen und Kindergeld	349
III. Bedarf des volljährigen Kindes	
1. Lebensbedarf und Bedarfsbemessung	360
2. Bedarf von Studenten und Kindern mit eigenem Haushalt	368
3. Bedarf von Schülern, Studenten und Auszubildenden, die im Haushalt eines Elternteils leben	383
4. Regelmäßiger Mehrbedarf des volljährigen Schülers, Studenten oder Auszubildenden	401
5. Bemessung des Bedarfs des Volljährigen, der sich nicht in einer Ausbildung befindet	405
IV. Leistungsfähigkeit der Eltern beim Unterhalt volljähriger Kinder	
1. Grundsätzlich keine gesteigerte Unterhaltungspflicht gegenüber volljährigen Kindern	407
2. Angemessener Eigenbedarf des Verpflichteten nach § 1603 I BGB und eheangemessener Bedarf nach §§ 1361, 1578 I 1, 1581 BGB	416
3. Bemessung des angemessenen Eigenbedarfs des verpflichteten Elternteils nach den Tabellen und Leitlinien der Oberlandesgerichte	417
4. Berücksichtigung anderweitiger Verpflichtungen, insbesondere vorrangiger Unterhaltsansprüche	429
V. Ermittlung des Haftungsanteils der Eltern nach § 1606 III 1 BGB	
1. Anteilige Haftung der Eltern	433
2. Vergleichbares Einkommen der Eltern	438
3. Einzelheiten der Unterhaltsberechnung und wertende Veränderung des Verteilungsschlüssels	448
4. Darlegungs- und Beweislast für die Haftungsanteile der Eltern	451
VI. Gleichstellung 18–20-jähriger Schüler mit Minderjährigen	
1. Problematik der Privilegierung volljähriger Kinder während einer Übergangszeit nach Eintritt der Volljährigkeit	452
2. Voraussetzungen der Privilegierung volljähriger Schüler nach §§ 1603 II 2, 1609 BGB	454
3. Unterhaltsbemessung bei privilegiert volljährigen Kindern	462
VII. Rechenbeispiele zur Berechnung des Ausbildungsunterhalts Volljähriger	
1. 21-jähriger Student mit eigenem Hausstand bei Barunterhaltungspflicht nur eines Elternteils	472
2. Student mit eigenem Haushalt, Barunterhaltungspflicht beider Eltern, Berücksichtigung vorrangiger Unterhaltungspflichten	473

	Rn
3. 19-jähriger Auszubildender wohnt bei dem nicht barunterhaltspflichtigen Elternteil	474
4. 21-jähriger Student wohnt bei der erwerbstätigen Mutter, die ein 12-jähriges Kind betreut	475
VIII. Verwirkung des Unterhaltsanspruchs des volljährigen Kindes	478
7. Abschnitt: Kindergeld und Kindesunterhalt	
I. Anspruch auf Kindergeld	
1. Rechtsgrundlagen	486
2. Anspruchsvoraussetzungen für Kindergeld nach §§ 62 ff. EStG	487
3. Kindergeld und Freibeträge nach § 32 VI EStG	492
4. Abzweigung des Kindergeldes	494
5. Ähnliche Sozialleistungen	495
II. Kindergeld als anrechnungsfähiges Einkommen beim Kindesunterhalt	497
III. Kindergeld und Bemessung des Kindesunterhalts	
1. Halbteilung des Kindergeldes	500
2. Einzelheiten der Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhalt	503
IV. Besonderheiten der Kindergeldverrechnung bei volljährigen Kindern	513
V. Prozessuales	516
8. Abschnitt: Sonderprobleme des Kindesunterhalts	
I. Auskunftspflichten	517
II. Rangfolge der Unterhaltsberechtigten und Unterhaltsverpflichteten	520
III. Vereinbarungen zum Kindesunterhalt	
1. Allgemeines	520a
2. Kein Verzicht auf zukünftigen Kindesunterhalt	521
3. Freistellungsvereinbarungen der Eltern bezüglich des Kindesunterhalts	525
IV. Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch	
1. Ausgleich zwischen den Eltern	529
2. Erfüllung einer dem anderen Elternteil obliegenden Unterhaltspflicht	535
3. Ausgleich von Kindergeld und anderen staatlichen kinderbezogenen Leistungen	539
4. Einschränkungen des familienrechtlichen Ausgleichsanspruchs	541
5. Verzinsung des Ausgleichsanspruchs	544
V. Ersatzhaftung; gesetzlicher Forderungsübergang nach § 1607 BGB	545
B. Unterhaltsansprüche sonstiger Verwandter	
I. Grundlagen	
1. Grundlagen zum geltenden Recht	600
2. Gerichtliche Zuständigkeit	601
3. Unterhaltsansprüche gegen Verwandte und Sozialgesetze	602

Inhalt

Inhaltsverzeichnis §§ 3, 4

	Rn
II. Rangfolge der Verpflichteten und Bedürftigen	
1. Vorrangige Haftung des Ehegatten bzw. des Lebenspartners und des nicht-ehelichen Vaters	604
2. Rangfolge der unterhaltspflichtigen Verwandten	607
3. Ersatzhaftung	607a
4. Rangfolge der Bedürftigen	609
5. Darlegungs- und Beweislast bei Rangfragen	610
III. Das Unterhaltsverhältnis im Einzelnen	
1. Das Maß des Unterhalts	612
2. Bedürftigkeit des Berechtigten	614
3. Leistungsfähigkeit und Eigenbedarf des Pflichtigen	616
4. Beschränkung oder Wegfall der Unterhaltsverpflichtung nach § 1611 I BGB	626
5. Elternunterhalt im Besonderen	629

§ 3 Familienunterhalt

I. Grundsätzliches	1
II. Voraussetzungen des Familienunterhalts	
1. Eheliche Lebensgemeinschaft, Bedürftigkeit und Leistungsfähigkeit	5
2. Unterhaltsverpflichtung der Ehegatten und Aufgabenverteilung in der Ehe	10
3. Erwerbsobliegenheit der Ehegatten	16
III. Bemessung des Familienunterhalts, Unterhaltsbeiträge der Ehegatten, Wirtschaftsgeld und Taschengeld	
1. Lebensbedarf der Familie	22
2. Bemessung des Familienunterhalts und Leistungsfähigkeit	29
3. Anteilige Beiträge der Ehegatten zum Familienunterhalt	35
4. Wirtschaftsgeld	46
5. Taschengeld	56
IV. Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen, Besonderheiten des Familienunterhalts	
1. Konkurrenz mit anderen Unterhaltsansprüchen	64
2. Keine Identität zwischen Familienunterhalt und Trennungunterhalt	77
3. Ausgleichsanspruch nach § 1360 b BGB	79
4. Unpfändbarkeit des Familienunterhalts	82
5. Sonderfragen	83

§ 4 Ehegattenunterhalt

A. Allgemeines zur Struktur des Anspruchs

1. Vorliegen eines Unterhaltstatbestands	1
2. Allgemeine Voraussetzungen beim Berechtigten	1
3. Allgemeine Voraussetzungen beim Pflichtigen	1
4. Prüfung von Einwendungen und Einreden	1

B. Einzelne Ansprüche und Unterhaltsverhältnis**1. Abschnitt: Der Trennungsunterhalt**

I. Voraussetzungen, Arten und Dauer des Trennungsunterhalts	Rn
1. Anspruchsvoraussetzungen	2
2. Arten des Trennungsunterhalts	7
3. Beginn und Ende des Trennungsunterhalts	13
4. Nichtidentität von Familienunterhalt, Trennungsunterhalt und nahehe- lichem Unterhalt	14
II. Erwerbsobliegenheit des bedürftigen Ehegatten nach der Trennung	
1. Die Schutzvorschrift des § 1361 II BGB zugunsten des nicht erwerbs- tätigen Ehegatten	16
2. Bei der Zumutbarkeitsabwägung zu berücksichtigende persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse	19 a
3. Zumutbarkeitsabwägung bei Fortsetzung, Ausweitung oder Einschränkung einer bei Trennung bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit	26
4. Fiktive Zurechnung erzielter Einkünfte	29
III. Bedarfsbemessung und Unterhaltsberechnung beim Trennungsunterhalt	
1. „Eheliche Lebensverhältnisse“ und Bedarfsbemessung beim Trennungs- unterhalt wie beim nahehelichen Unterhalt	30
2. Anrechnung nichtprägender Einkünfte des Berechtigten, Leistungsfähigkeit des Verpflichteten und Unterhaltsberechnung	35
3. Maßgeblicher Bemessungszeitpunkt bei Trennungsunterhalt und nahehe- lichem Unterhalt	36
IV. Anwendung der negativen Härteklausele nach § 1579 BGB und sonstiger Normen auf den Trennungsunterhalt	
1. Anwendung der Härteklausele des § 1579 BGB beim Trennungsunterhalt	37
2. Härteklausele und kurze Ehedauer bzw. nur kurzes oder fehlendes Zusam- menleben	38
3. Unterhalt für Vergangenheit, Unterhaltsverzicht und Erlöschen des Unter- haltsanspruchs	39
4. Rückforderung von Zuvielleistungen und Auskunftsanspruch	40
5. Zur Geltendmachung des Trennungsunterhalts	41
6. Konkurrenzen	41 a

2. Abschnitt: Besonderheiten und Anspruchstatbestände des nahehelichen Unterhalts

I. Allgemeine Grundsätze und Besonderheiten des nahehelichen Unterhalts	
1. Allgemeine Grundsätze	42
2. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen des nahehelichen Unterhalts	44
3. Einheitlicher Anspruch auf nahehelichen Unterhalt	46
4. Einsatzzeitpunkte und Anschlussunterhalt sowie Teilanschlussunterhalt	48
5. Beginn, Ende und Wiederaufleben des nahehelichen Unterhalts	53
6. Sonstige materiell-rechtliche Besonderheiten des nahehelichen Unter- halts	57
7. Sonstige verfahrensrechtliche Besonderheiten des nahehelichen Unterhalts	63
II. Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes nach § 1570 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1570 BGB	64
2. Umstände, die bei Beurteilung einer Erwerbsobliegenheit zu berücksichti- gen sind	68
3. Keine Erwerbsobliegenheit bei Betreuung eines Kindes unter 8 Jahren	72

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn
4. Erwerbsobliegenheit bei Betreuung eines Kindes zwischen 8 und 11 Jahren	75
5. Erwerbsobliegenheit bei Betreuung eines Kindes zwischen 11 und 15 Jahren	77
6. Vollerwerbsobliegenheit bei Kind ab etwa 15 Jahren	78
7. Erwerbsobliegenheit bei Betreuung mehrerer Kinder	81
8. Zumutbare Erwerbsobliegenheit bei Fortsetzung einer bereits ausgeübten Erwerbstätigkeit	84
9. Privilegierter Anspruch nach § 1570 BGB, Konkurrenzen zu § 1573 BGB und Sonstiges	85
III. Unterhalt wegen Alters nach § 1571 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1571 BGB	88
2. Ursächlichkeit des Alters dafür, dass eine angemessene Erwerbstätigkeit nicht mehr erwartet werden kann	90
3. Das maßgebliche Alter des Berechtigten	92
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	94
5. Konkurrenzen und Sonstiges	95
IV. Unterhalt wegen Krankheit nach § 1572 BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1572 BGB	96
2. Krankheit, Gebrechen oder geistige Schwäche	97
3. Krankheitsbedingte Erwerbsunfähigkeit	99
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	100
5. Konkurrenzen und Sonstiges	102
V. Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit nach § 1573 I BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 I BGB	104
2. Fehlen eines Anspruchs nach §§ 1570, 1571 oder 1572 BGB	106
3. Der Unterhaltsberechtigte findet keine angemessene Erwerbstätigkeit	107
4. Notwendige Bemühungen um eine angemessene Erwerbstätigkeit	111
5. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	114
6. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit	116
7. Zeitliche Begrenzung des Unterhalts nach § 1573 V BGB und § 1578 I 2 BGB	120
8. Sonstiges	121
VI. Aufstockungsunterhalt nach § 1573 II BGB	
1. Anspruchsvoraussetzungen nach § 1573 II BGB	122
2. Verhältnis des Aufstockungsunterhalts zu Ansprüchen nach den §§ 1570, 1571, 1572 oder 1573 I BGB	124
3. Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	125
4. Maßgebliche Einsatzzeitpunkte	126
5. Zur Berechnung des Aufstockungsunterhalts	127
6. Zeitliche Begrenzung des Aufstockungsunterhalts nach §§ 1573 V BGB und 1578 I 2 BGB	129
7. Konkurrenzen und Sonstiges	130
VII. Angemessene Erwerbstätigkeit nach § 1574 BGB und Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III in Verbindung mit § 1573 I BGB	
1. Bedeutung des § 1574 BGB	131
2. Zur angemessenen Erwerbstätigkeit nach § 1574 II BGB	133
3. Die Angemessenheitskriterien nach § 1574 II BGB im Einzelnen	137
4. Ausbildungsunterhalt nach § 1574 III i. V. mit § 1573 I BGB	144

VIII. Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB

- 1. Zweck des Ausbildungsanspruchs nach § 1575 BGB und Verhältnis zum Ausbildungsanspruch nach den §§ 1573 I, 1574 III BGB 147
- 2. Die Voraussetzungen des Ausbildungsunterhalts nach § 1575 I BGB 148
- 3. Der Anspruch auf Fortbildung oder Umschulung nach § 1575 II BGB 157
- 4. Ausbildung, Fortbildung, Umschulung 159

IX. Billigkeitsunterhalt nach § 1576 BGB

- 1. Anspruchsvoraussetzungen und Normzweck des § 1576 BGB 160
- 2. Vorliegen eines sonstigen schwerwiegenden Grundes 161
- 3. Bei der Billigkeitsabwägung zu berücksichtigende Umstände 162
- 4. Bisher vom BGH entschiedene Fälle zu § 1576 BGB bei Betreuung eines nicht gemeinschaftlichen Kindes 163
- 5. Einsatzzeitpunkt, Dauer und Höhe des Unterhaltsanspruchs 164
- 6. Konkurrenzen und deren Folgen 165

3. Abschnitt: Unterhaltsbedarf und Bedarfsbemessung beim Ehegattenunterhalt

I. Unterhaltsbedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen

- 1. Der Unterhaltsbedarf als gesamter Lebensbedarf 166
- 2. Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen 172
- 3. Nachhaltige Prägung der ehelichen Lebensverhältnisse durch Einkommen und andere Umstände 179
- 4. Haushaltsführung und Kinderbetreuung in der Ehe 184 a
- 5. Bedarfsbemessung nur nach dem Teil der prägenden Einkünfte, der zur Deckung des Lebensbedarfs verfügbar ist 185
- 6. Vorabzug des Kindesunterhalts und sonstigen Verwandtenunterhalts vom Nettoeinkommen 188
- 7. Aufwendungen zur Vermögensbildung 200
- 8. Konsumverhalten und objektiver Maßstab für die Bedarfsbemessung 210
- 9. Trennung und Scheidung als maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse beim nachehelichen Unterhalt 214
- 10. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung des prägenden Charakters ehelicher Lebensverhältnisse beim Trennungsunterhalt 225

II. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften sowie Änderungen der Einkommensverhältnisse zwischen Trennung und Scheidung

- 1. Überblick zu den prägenden und nichtprägenden Einkünften 228
- 2. Normale Einkommensänderungen und vom Normalverlauf erheblich abweichende Einkommensänderungen 234
- 3. Aufnahme oder Ausweitung einer zumutbaren Erwerbstätigkeit durch den Berechtigten nach der Trennung 252
- 4. Einkünfte aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit 256
- 5. Einkommen aus Haushaltsführung für den neuen Partner 260a
- 6. Prägende und nichtprägende Einkünfte aus Vermögen 261
- 7. Fiktive Einkünfte beim Berechtigten und Verpflichteten nach der Trennung 272
- 8. Einkommensänderungen nach der Trennung durch freiwillige Disposition (z. B. Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel oder berufliche Verselbständigung) 280
- 9. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitslosigkeit 284
- 10. Prägende und nichtprägende Änderungen im Ausgabenbereich 292

III. Einkommensänderungen nach der Scheidung	
1. Scheidung als Endpunkt für die Weiterentwicklung prägender ehelicher Lebensverhältnisse und Voraussetzung für die Berücksichtigung späterer Änderungen der Einkommensverhältnisse	299
1 a. Einkommenserhöhungen und Einkommensvermindierungen	313 a
2. Einkommensänderungen bei Fortsetzung einer bei Scheidung ausgeübten Erwerbstätigkeit nach der Scheidung	314
3. Erstmalige Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit nach der Scheidung	324
4. Einkommensänderungen bei Arbeitsplatzverlust, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzwechsel, Berufswechsel und beruflicher Verselbständigung nach Scheidung	331
5. Einkünfte aus Vermögen	337
6. Einkommensänderungen infolge erstmaligem Rentenbezug nach der Scheidung	338
7. Änderungen im Ausgabenbereich nach der Scheidung, vor allem durch Wegfall von Unterhaltslasten und Kreditverbindlichkeiten	351
IV. Halbteilungsgrundsatz, konkrete Bedarfsbemessung und Berechnungsmethoden	
1. Halbteilungsgrundsatz	359
2. Keine Sättigungsgrenze bei der Bedarfsbemessung	363
3. Konkrete Bedarfsbemessung	366
4. Bedarfsbemessung nach Ehegattenquoten	372
5. Überblick zu den Quoten bei Einkünften aus Erwerbstätigkeit und sonstigen Einkünften und zur Höhe des Erwerbstätigenbonus	380
6. Unterhaltsberechnung nach der Additionsmethode	386
7. Unterhaltsberechnung nach Differenz- und Anrechnungsmethode	390
8. Methodenwahl	399
9. Auswirkungen des Vorabzugs von Schulden und Kindesunterhalt auf den Erwerbstätigenbonus bei Mischeinkünften	404
10. Bedarfsmessung bei konkurrierendem Gattenunterhalt	412
11. Quotenunterhalt, voller Unterhalt und trennungsbedingter Mehrbedarf	416
12. Quotenunterhalt und Mindestbedarf	434
V. Unterhaltsrechtliche Berücksichtigung eines regelmäßigen Mehrbedarfs	
1. Mehrbedarfsfälle und konkrete Bemessung des Mehrbedarfs	437
2. Unterhaltsberechnung bei Mehrbedarf	443
4. Abschnitt: Vorsorgeunterhalt	
I. Vorsorgeunterhalt wegen Alters, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit	
1. Voraussetzungen, Beginn und Dauer des Vorsorgeunterhalts beim Trennungs- und nachehelichen Unterhalt sowie Verfassungsmäßigkeit	453
2. Geltendmachung und Tenorierung des Vorsorgeunterhalts	458
3. Zweckbestimmung und nicht zweckbestimmte Verwendung des Vorsorgeunterhalts	463
4. Berechnung des Vorsorgeunterhalts aus dem Elementarunterhalt nach der Bremer Tabelle	467
5. Zweistufige Berechnung des Elementarunterhalts und Vorrang des Elementarunterhalts gegenüber dem Vorsorgeunterhalt	477
6. Vorsorgeunterhalt bei späteren Abänderungen	489
7. Rechenbeispiel des BGH zum Vorsorgeunterhalt (nach BGH, FamRZ 1983, 888, 889 = NJW 1983, 2937, 2938)	492
8. Bremer Tabelle zur Berechnung des Altersvorsorgeunterhalts	493
9. Sonstige Vorsorgeunterhaltsberechnungen	495

	Rn
II. Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	
1. Voraussetzungen des Krankheitsvorsorgeunterhalts und Krankenversicherungsschutz bei Trennung oder Scheidung	498
2. Berechnung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	504
3. Vorabzug der Krankenversicherungsbeiträge und des Krankheitsvorsorgeunterhalts vom Einkommen sowie mehrstufige Berechnung des Elementarunterhalts	509
4. Geltendmachung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	522
III. Pflegevorsorgeunterhalt	525 a
5. Abschnitt: Zur Bedürftigkeit des Berechtigten	
I. Unterhaltsbedürftigkeit	
1. Bedürftigkeit als Unterhaltsvoraussetzung	526
2. Bedürftigkeitsmindernde Anrechnung der Einkünfte des Berechtigten	531
3. Anrechnung auf den vollen Unterhalt unter Berücksichtigung von Mehrbedarf	535
4. Nach § 1577 I BGB in vollem Umfang anzurechnende Einkünfte des Berechtigten	540
5. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Bedürftigkeit	541
II. Anrechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit des Berechtigten nach § 1577 II BGB	
1. Zur Auslegung und zum Anwendungsbereich des § 1577 II BGB	542
2. Ermittlung des anrechnungsfreien Betrags nach § 1577 II 1 BGB (anrechnungsfreies Defizit)	546
3. Billigkeitsanrechnung nach § 1577 II 2 BGB	550
4. Rechenbeispiele zu § 1577 II BGB	554
5. Anrechnung unzumutbarer Erwerbseinkünfte nach altem Recht	556
6. Prägung der Lebensverhältnisse durch unzumutbare Einkünfte des Berechtigten?	556 a
III. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB und nachhaltige Unterhaltsicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB	
1. Vermögensverwertung nach § 1577 III BGB	557
2. Nachhaltige Unterhaltssicherung durch Vermögen nach § 1577 IV BGB . .	562
6. Abschnitt: Zur Leistungsfähigkeit des Verpflichteten	
I. Leistungsunfähigkeit als Einwendung	564
II. Eigener eheangemessener Bedarf	567
III. Bedarfsquote und Billigkeitsquote, konkreter Bedarf	573
IV. Schuldhaft herbeigeführte Leistungsunfähigkeit, Folgen des Mangelfalls	576
7. Abschnitt: Zeitliche Unterhaltsbegrenzung und Unterhaltsherabsetzung nach den §§ 1573 V, 1578 I 2 BGB	
I. Zeitliche Unterhaltsbegrenzung nach § 1573 V BGB	
1. Voraussetzungen und Anwendungsbereich einer zeitlichen Begrenzung nach § 1573 V BGB	578
2. Rechtsfolgen nach § 1573 V BGB	580
3. Darlegungs- und Beweislast sowie verfahrensrechtliche Probleme	582

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 4

	Rn
II. Zeitliche Begrenzung und Herabsetzung des eheangemessenen Unterhalts auf den angemessenen Lebensbedarf nach § 1578 I 2 BGB	
1. Voraussetzungen und Anwendungsbereich nach § 1578 I 2 BGB	583
2. Rechtsfolgen des § 1578 I BGB	586
3. Kombination der zeitlichen Herabsetzung nach § 1578 I 2 BGB und der zeitlichen Begrenzung nach § 1573 V BGB	589
4. Darlegungs- und Beweislast sowie verfahrensrechtliche Probleme	590
III. Kriterien zu der nach §§ 1573 V BGB und 1578 I 2 BGB erforderlichen Billigkeitsabwägung	
1. Billigkeitsabwägung zur zeitlichen Begrenzung und Herabsetzung des Unterhalts	591
2. Dauer der Ehe	592
3. Gestaltung der Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit	593
4. Betreuung gemeinsamer Kinder	594
5. Sonstige Umstände	595
IV. Gemeinsame Verfahrensrechtliche Fragen bei Anwendung der §§ 1573 V und 1578 I 2 BGB	
1. Geltendmachung im Erstverfahren	595 a
2. Geltendmachung in einem späteren Abänderungsverfahren	595 b
V. Berechnungsbeispiele	595 c
8. Abschnitt: Die Härteklausele des § 1579 BGB	
I. Normzweck, gesetzliche Regelung und Anwendungsbereich des § 1579 BGB	
1. Normzweck und entstehungsgeschichtliche Entwicklung	596
2. Voraussetzungen für die Anwendung der Härteklausele	600
3. Rechtsfolgen der Härteklausele	602
4. Anwendungsbereich des § 1579 BGB	605
5. Darlegungs- und Beweislast	609
II. Grobe Unbilligkeit und Zumutbarkeitsabwägung nach § 1579 BGB	
1. Grobe Unbilligkeit als eigene Anspruchsvoraussetzung bei jedem Härtegrund	614
2. Umstände, die bei der Interessenabwägung zur Beurteilung einer groben Unbilligkeit zu berücksichtigen sind	617
3. Vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls bei Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes durch den Berechtigten	625
III. Ehe von kurzer Dauer (§ 1579 Nr. 1 BGB)	
1. Härtegrund der kurzen Ehedauer (Nr. 1)	637
2. Kurze Ehedauer bis zu zwei Jahren	643
3. Nicht mehr kurze Ehedauer ab ca. drei Jahren	645
4. Ehedauer zwischen zwei und drei Jahren und sonstige Sonderfälle	647
5. OLG-Entscheidungen mit Billigkeitsabwägungen	652
IV. Härtegrund eines Verbrechens oder schweren vorsätzlichen Vergehens gegen den Verpflichteten oder einen nahen Angehörigen (§ 1579 Nr. 2 BGB)	
1. Härtegrund der Nr. 2	657
2. Beleidigungen, Verleumdungen und falsche Anschuldigungen	664
3. Betrug und versuchter Prozessbetrug	665

	Rn
V. Mutwillige Herbeiführung der Bedürftigkeit (§ 1579 Nr. 3 BGB)	
1. Der Härtegrund der Nr. 3	666
2. Mutwillige Bedürftigkeit infolge Alkohol- oder Drogenabhängigkeit	673
3. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Aufgabe einer Erwerbstätigkeit oder wegen unterlassener Maßnahmen zur Herstellung der Erwerbsfähigkeit	678
4. Mutwillige Bedürftigkeit wegen Verschwendung oder unwirtschaftliche Vermögensanlage	684
5. Mutwillige Bedürftigkeit wegen bestimmungswidriger Verwendung des Vorsorgeunterhalts	689
6. Sonstige Fälle, in denen der BGH eine Mutwilligkeit verneint hat	690
VI. Mutwillige Verletzung von Vermögensinteressen des Verpflichteten (§ 1579 Nr. 4 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 4	693
2. Fälle zu Nr. 4	698
VII. Gröbliche Verletzung der Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen (§ 1579 Nr. 5 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 5	702
2. Fälle einer Pflichtverletzung zu Nr. 5	709
VIII. Offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten (§ 1579 Nr. 6 BGB)	
1. Zum Härtegrund der Nr. 6 BGB	710
2. Verstöße gegen die eheliche Treuepflicht als offensichtlich schwerwiegendes Fehlverhalten	719
3. Sonstige Fälle eines schwerwiegenden Fehlverhaltens	724
4. Fälle, in denen der BGH ein schwerwiegendes Fehlverhalten verneint hat	730
5. Eindeutig beim Berechtigten liegendes Fehlverhalten	735
IX. Anderer schwerwiegender Grund nach § 1579 Nr. 7 BGB	
1. Zum Härtegrund der Nr. 7	742
2. Härtegrund der Nr. 7, wenn nach der Scheidung ein ehewidriges Verhältnis gemäß Nr. 6 fortgeführt wird	748
3. Härtegrund der Nr. 7 bei Zusammenleben mit einem neuen Partner nach der Scheidung, ohne dass vorher die Nr. 6 verwirklicht wurde	751
4. Der Härtegrund der Nr. 7 in sonstigen Fällen	758
5. Kein Härtegrund nach Nr. 7	762
X. Wiederaufleben eines nach § 1579 BGB ausgeschlossenen Anspruchs und endgültiger Ausschluss nach § 1579 BGB	
1. Wiederaufleben eines nach Nr. 7 ausgeschlossenen Anspruchs	764
2. Wiederaufleben eines Anspruchs aus Gründen des vorrangigen Kindeswohls	766
3. Wiederaufleben oder endgültiger Unterhaltsausschluss in sonstigen Fällen	768

§ 5 Rangverhältnisse und Mangelfälle

I. Selbstbehalt und Mangelfall	
1. Relativität von Eigenbedarf, Selbstbehalt und Mangelfall	1
2. Voraussetzungen eines Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB	11
3. Die Bedarfspositionen	14
4. Die Deckungsmasse	19
5. Beachtlichkeit selbstverschuldeter Leistungsunfähigkeit	25

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 5

	Rn
6. Unterschiedliche Mangelfälle nach § 1581 BGB und Beispiele dazu	28
7. Abänderungsklage bei späteren Änderungen der Leistungsfähigkeit	31
II. Rangverhältnisse und Mangelfall	
1. Aktualisierung von Rangverhältnissen im Mangelfall	35
2. Die gesetzliche Rangfolge bei mehreren Berechtigten	39
3. Zum Rangverhältnis unter mehreren berechtigten Kindern	40
4. Rangverhältnisse nach § 1582 BGB zwischen mehreren unterhaltsberechtigten Ehegatten	44
5. Rangverhältnis zwischen Ehegatten und Kindern	50
6. Ausscheiden nachrangig Berechtigter in Mangelfällen	54
7. Rechenbeispiele zum Ausscheiden bzw. zur Berechnung des Unterhalts nachrangig Berechtigter	58
8. Rangverhältnis zwischen dem Verpflichteten und leistungsfähigen Verwandten des berechtigten Ehegatten	61
9. Rechenbeispiele bei vorrangiger Unterhaltsverpflichtung von Verwandten des berechtigten Ehegatten im Mangelfall	71
III. Eingeschränkter Selbstbehalt und Billigkeitsunterhalt nach § 1581 BGB	
1. Überblick über die Rechtsfolgen eines eingeschränkten Mangelfalls nach § 1581 BGB	73
2. Kindergeld und Zählkindvorteil im Mangelfall, Bedarfskontrollbetrag	83
3. Zurechnung fiktiver Einkünfte wegen gesteigerter Erwerbsobliegenheit und erhöhte Zurechnung von Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit	94
4. Zurechnung unentgeltlicher freiwilliger Zuwendungen Dritter	100
5. Verschärfte Anforderungen an Abzugsposten vom Bruttoeinkommen bei Berechnung des Nettoeinkommens	103
6. Erhöhung der Deckungsmasse durch eine zumutbare Vermögensverwertung	108
7. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten des Verpflichteten	112
8. Obliegenheit, sich auf die Pfändungsfreigrenzen zu berufen und evtl. Insolvenzantrag zu stellen	122a
9. Bedarfsbemessung bei konkurrierenden prägenden und nichtprägenden Unterhaltsverpflichtungen sowie Nichtberücksichtigung nachrangiger Unterhaltsverpflichtungen im Mangelfall	123
10. Trennungsbedingter Mehrbedarf im Mangelfall	142
11. Individuelle oder schematische Kürzung eines verbleibenden Fehlbedarfs nach § 1581 BGB	156
12. Proportionale Kürzung	159
13. Begrenzung auf die Billigkeitsquote	165
14. Beispiele für proportionale Kürzung und Begrenzung auf die Billigkeitsquote nach § 1581 BGB	167
IV. Verstärkter Selbstbehalt des Verpflichteten und verschärfter Mangelfall	
1. Allgemeines zum angemessenen und notwendigen Selbstbehalt des Verpflichteten	180
2. Der verschärfte Mangelfall	192
3. Sozialhilfebedürftigkeit des Verpflichteten als absolute Grenze und Prozesskostenhilfe	196
4. Selbstbehalt und Wohnkosten	202
5. Überblick zu den unterschiedlichen Richtsätzen der Oberlandesgerichte zum angemessenen und notwendigen Selbstbehalt des Verpflichteten	206

	Rn
V. Verschärfte Mangelfallrechnungen, Einsatzbeträge für die Berechtigten	
1. Vorabzug des Selbstbehalts und proportionale Kürzung der Einsatzbeträge der Berechtigten	224
2. Mangelfallberechnung des BGH seit 2003 bei Konkurrenz von Gatten und Minderjährigen	226
3. Feststellung des Mangelfalls	227
4. Feststellung der Einsatzbeträge	228
5. Berechnung der Mangelfallquoten	229
6. Schlusskontrolle	230
7. Zum Erfordernis der Schlusskontrolle und der Bedarfsberechnung im Mangelfall	231
8. Umsetzung durch die Oberlandesgerichte	232
9. Zweistufige Mangelfallberechnung	234
10. Überblick zur Unterhaltsberechnung im verschärften Mangelfall nach den Leitlinien der Oberlandesgerichte	233
11. Rechenbeispiele zum verschärften Mangelfall	245
12. Mangelfall bei Barunterhaltspflicht beider Elternteile	263

§ 6 Sonderfragen

1. Abschnitt: Selbstständige Bestandteile des Unterhaltsanspruchs

I. Sonderbedarf	
1. Anspruchsvoraussetzungen	1
2. Beteiligung des Unterhaltsgläubigers an der Finanzierung des Sonderbedarfs	10
3. Einzelfälle	14
II. Prozesskostenvorschuss	
1. Anspruchsberechtigte	20
2. Anspruchsvoraussetzungen	25
3. Inhalt des Anspruchs	31
4. Prozessuales, Rückforderung des Prozesskostenvorschusses	33

2. Abschnitt: Unterhalt für die Vergangenheit

I. Anspruchsvoraussetzungen	
1. Gesetzliche Grundlagen	100
2. Rechtshängigkeit	104
3. Auskunft	104 a
4. Sonderbedarf	105
5. Rückwirkender Unterhalt nach § 1613 II Nr. 2 BGB	105 a
6. Übergeleitete und übergangene Unterhaltsansprüche	106
7. Sonstige Ansprüche	109
8. Absichtlicher Leistungsentzug beim nahehelichen Unterhalt	110
II. Verzug	
1. Verzug nach § 286 I BGB	115
2. Verzug nach § 286 II Nr. 1 BGB	129
3. Verzug nach § 286 II Nr. 3 BGB	130
4. Verzug nach § 286 II Nr. 4 BGB	130 a
5. Verschulden des Pflichtigen	131

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 6

	Rn
6. Verzugszinsen	132
7. Beseitigung der Verzugsfolgen und Verwirkungen	133
III. Verjährung	140
3. Abschnitt: Rückforderung von zu Unrecht gezahltem Unterhalt	
I. Grundsätze	
1. Ausgangslage	200
2. Anspruchsgrundlagen	203
II. Rückforderungsansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	
1. Anspruchsgrundlage	204
2. Entreicherung	207
3. Verschärfte Haftung	212
4. Möglichkeiten des Pflichtigen gegen den Entreicherungsseinwand	219
5. Mehrleistung mit Erstattungsabsicht	224
III. Ansprüche aus dem Vollstreckungsrecht	
1. Ansprüche bei vorläufig vollstreckbaren Urteilen	226
2. Ansprüche bei Notunterhalt	228
3. Ansprüche bei Vaterschaftsfeststellung	228 a
4. Keine Ansprüche bei einstweiligen Anordnungen	229
IV. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	
1. Anspruch bei Betrug	230
2. Vorsätzliche sittenwidrige Ausnützung eines unrichtig gewordenen Vollstreckungstitels	231
V. Sonderfälle	
1. Rückforderung bei Rentennachzahlung	235
2. Rückforderung von Prozesskostenvorschuss	238
4. Abschnitt: Aufrechnung mit Gegenforderungen	
I. Aufrechnungsverbot für unpfändbare Forderungen	300
II. Aufrechnungen gegen Unterhaltsforderungen	302
III. Der Arglisteinwand	307
IV. Die Aufrechnungserklärung	309
V. Die Aufrechnungsvereinbarung	310
VI. Die Aufrechnung mit Rückforderungsansprüchen aus Unterhaltsüberzahlungen	311
VII. Zusammenfassung	312

	Rn
5. Abschnitt: Unterhalt bei Gütergemeinschaft	
I. Überblick	400
II. Ehegattenunterhalt	
1. Trennungunterhalt	402
2. Familienunterhalt	412
3. Nachehelicher Unterhalt	413
III. Kindesunterhalt	419
1. Kindesunterhalt in der Trennungszeit	420
2. Kindesunterhalt ab Rechtskraft der Scheidung	421
IV. Keine fiktiven Einkünfte	422
V. Eilmaßnahmen	423
6. Abschnitt: Unterhalt und Sozialleistungen	
Vorbemerkungen zu den Gesetzesreformen von Ende 2003	499
I. Auswirkungen der Sozialhilfe auf den Unterhaltsanspruch	
1. Sozialhilfe als anrechnungsfähiges Einkommen	500
2. Verwirklichung des Nachrangs der Sozialhilfe	507
II. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs durch den Sozialhilfeträger	509
III. Ausschluss des Anspruchsübergangs	
1. Laufende Zahlung des Unterhalts	516
2. Unterhaltsansprüche in der Bedarfsgemeinschaft	517
3. Unterhaltsansprüche bestimmter Verwandter	520
4. Unterhaltsansprüche bei Arbeitsförderungsmaßnahmen	522
IV. Öffentlich-rechtliche Vergleichsberechnung	
1. Grundsatz der Meistbegünstigung	523
2. Einsatz des Einkommens und des Vermögens im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vergleichsberechnung	527
3. Bemessung des sozialhilferechtlichen Bedarfs	539
V. Schuldnerschutz aus Billigkeitsgründen	546
VI. Materiell-rechtliche und prozessuale Konsequenzen des § 91 BSHG	
1. Umfang des Anspruchsübergangs	549
2. Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs im Prozess	551
3. Rechtslage bei Ausschluss des Anspruchsübergangs	565
VII. Sozialhilfe und Unterhaltsvorschuss	574
VIII. Rechenbeispiele zu Sozialhilfe und Unterhaltsvorschuss	
1. Die Sozialhilfe übersteigt den Unterhaltsanspruch. Anspruchsübergang bei mehreren Berechtigten. Aufteilung der Wohnkosten. Unterhaltsvorschuss wird noch nicht gewährt	580
2. Die Sozialhilfe übersteigt den Unterhaltsanspruch. Anspruchsübergang bei mehreren Beteiligten. Aufteilung der Wohnkosten. Unterhaltsvorschuss wird gewährt	581
3. Gesamte Sozialhilfe für mehrere Berechtigte unterschreitet die Summe der Unterhaltsansprüche	582

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 6

	Rn
4. Fiktives Einkommen beim Unterhaltsschuldner	583
5. Sozialhilfe für 2 Kinder, Leistungsfähigkeit bei geringem Einkommen und verhältnismäßig hoher Mietbelastung	584
IX. Ausbildungsförderung nach dem BAföG	
1. Voraussetzungen und Dauer der Förderung	585
2. Das Verhältnis von Ausbildungsförderung und Unterhalt	587
X. Arbeitslosenhilfe	593
7. Abschnitt: Vereinbarungen zum Ehegattenunterhalt	
I. Allgemeines	600
II. Vereinbarungen zum Familienunterhalt	603
III. Vereinbarungen zum Getrenntlebensunterhalt	604
IV. Vereinbarungen zum Nachscheidungsunterhalt	
1. Vorsorgende Vereinbarungen	605
2. Vereinbarungen anlässlich oder nach der Scheidung	606
V. Vereinbarung eines Unterhaltsverzichts	607
VI. Vereinbarung einer Wertsicherungsklausel	610
VII. Vereinbarung einer Kapitalabfindung	614
8. Abschnitt: Darlegungs- und Beweislast sowie tatrichterliche Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
I. Zur Darlegungs- und Beweislast	
1. Allgemeiner Überblick	700
2. Zur Darlegungs- und Beweislast des Unterhaltsberechtigten	703
3. Zur Darlegungs- und Beweislast des Verpflichteten	710
4. Zur Regel-Ausnahme-Situation	713
5. Negativtatsachen und substantiiertes Bestreiten von Tatsachen aus dem eigenen Wahrnehmungsbereich	721
6. Darlegungs- und Beweislast bei Abänderungsklagen	726
7. Zur Umkehr der Beweislast	727
II. Zur tatrichterlichen Ermittlung und Schätzung nach § 287 ZPO	
1. Zur Anwendung des § 287 ZPO im Unterhaltsverfahren	728
2. Zur Schätzung nach § 287 ZPO	733
3. Zu den Schätzungsvoraussetzungen	736
9. Abschnitt: Ansprüche der Mutter oder des Vaters eines nichtehelichen Kindes gegen den anderen Elternteil und damit zusammenhängende Ansprüche	
I. Allgemeines	750
II. Die einzelnen Ansprüche	
1. Der Anspruch auf Erstattung von Schwangerschafts- und Entbindungskosten	755
2. Die Ansprüche auf Unterhaltsleistung	759
3. Der Anspruch auf Übernahme von Beerdigungskosten	765
4. Ansprüche bei Totgeburt des Kindes oder Fehlgeburt	766
III. Rangfragen	768

	Rn
IV. Geltendmachung rückständiger Beträge und Verjährung	
1. Geltendmachung rückständiger Beträge	771
2. Verjährung	773
V. Geltendmachung mittels einstweiliger Verfügung	774
10. Abschnitt: Unterhaltsansprüche zwischen eingetragenen Lebenspart- ners	
I. Allgemeines	
1. Die eingetragene Lebenspartnerschaft als Unterhaltsvoraussetzung	780
2. Die Unterhaltspflicht nach dem LpartG	781
3. Gerichtliche Geltendmachung	782
II. Die einzelnen Unterhaltsansprüche	
1. Lebenspartnerschaftsunterhalt nach § 5 LpartG	783
2. Trennungunterhalt nach § 12 LpartG	786
3. Der nachpartnerschaftliche Unterhalt nach § 16 LpartG	790

§ 7 Auslandsberührung

1. Abschnitt: Materielles Recht

I. Rechtsquellen	1
II. Definition der Unterhaltspflicht	5
III. Anwendbares materielles Recht – Unterhaltsstatut	
1. Gesetzliche Grundlagen	9
2. Vorbehalt nach Art. 15 HUÜ	9 a
3. Gewöhnlicher Aufenthalt	10
4. Gemeinsame Staatsangehörigkeit	11
5. Recht des Gerichtsstaats	16
6. Verstoß gegen den Ordre Public	16 a
7. Folgen einer Scheidung	17
IV. Bemessung des Unterhalts	
1. Bedarfsermittlung	22
2. Bedarfskorrektur mit Hilfe der Verbrauchergeldparität	23
V. Währung	35
VI. Ausgewählte Länder	
Belgien	
1. Kinderunterhalt	36
2. Ehegattenunterhalt	37
3. Familienunterhalt	40
Bosnien-Herzegowina	
1. Allgemeines	40 a
2. Kinderunterhalt	40 b
3. Ehegattenunterhalt	40 c
4. Unterhalt des außerehelichen Partners	40 d
5. Verwandtenunterhalt	40 e
6. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	40 f

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 7

Dänemark

- 1. Kinderunterhalt 41
- 2. Ehegattenunterhalt 44

Frankreich

- 1. Kinderunterhalt 49
- 2. Ehegattenunterhalt 50
- 3. Familienunterhalt 56

Griechenland

- 1. Kinderunterhalt 56 a
- 2. Ehegattenunterhalt 56 b
- 3. Verwandtenunterhalt 56 c
- 4. Allgemeine Grundsätze 56 d

Italien

- 1. Kinderunterhalt 57
- 2. Ehegattenunterhalt 58
- 3. Verwandtenunterhalt 64

Kroatien

- 1. Kinderunterhalt 64 a
- 2. Ehegattenunterhalt 64 b
- 3. Unterhalt des außerehelichen Partners 64 c
- 4. Verwandtenunterhalt 64 d
- 5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 64 e

Montenegro

- 1. Kinderunterhalt 64 f
- 2. Ehegattenunterhalt 64 g
- 3. Unterhalt des außerehelichen Partners 64 h
- 4. Verwandtenunterhalt 64 i
- 5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts 64 k

Niederlande

- 1. Kinderunterhalt 65
- 2. Ehegattenunterhalt 68
- 3. Verwandtenunterhalt 72 a

Norwegen

- 1. Kinderunterhalt 73
- 2. Ehegattenunterhalt 76

Österreich

- 1. Kinderunterhalt 80
- 2. Ehegattenunterhalt 82

Polen

- 1. Kinderunterhalt 92
- 2. Ehegattenunterhalt 97
- 3. Verwandtenunterhalt 104

Portugal

- 1. Kinderunterhalt 106
- 2. Ehegattenunterhalt 113
- 3. Verwandtenunterhalt 121
- 4. Unterhaltsanspruch der Kindesmutter 121 a

Rumänien	
1. Kinderunterhalt	122
2. Ehegattenunterhalt	129
3. Verwandtenunterhalt	133 a
Schweden	
1. Kinderunterhalt	134
2. Ehegattenunterhalt	140
Schweiz	
1. Kinderunterhalt	145
2. Ehegattenunterhalt	151
3. Verwandtenunterhalt	165
Serbien	
1. Kinderunterhalt	165 a
2. Ehegattenunterhalt	165 b
3. Unterhalt des außerehelichen Partners	165 c
4. Verwandtenunterhalt	165 d
5. Allgemeine Vorschriften zur Bestimmung des Unterhalts	165 e
Slowenien	
1. Kinderunterhalt	165 f
2. Ehegattenunterhalt	165 g
3. Verwandtenunterhalt	165 i
4. Allgemeine Vorschriften	165 k
Spanien	
1. Kinderunterhalt	167
2. Ehegattenunterhalt	173
3. Verwandtenunterhalt	178 a
Tschechische Republik	
1. Kinderunterhalt	179
2. Ehegattenunterhalt	184
3. Verwandtenunterhalt	189 a
Türkei	
1. Kinderunterhalt	191
2. Ehegattenunterhalt	195
3. Verwandtenunterhalt	209 a
Ungarn	
1. Kinderunterhalt	210
2. Ehegattenunterhalt	216
3. Verwandtenunterhalt	218 a
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	
1. Kinderunterhalt	220
2. Ehegattenunterhalt	223
2. Abschnitt: Verfahrensrecht einschließlich Vollstreckung	
I. Rechtsquellen	225
II. Internationale Zuständigkeit und Verfahren	
1. Internationale Zuständigkeit	228
2. Vollstreckungsklage (§§ 722, 723, 328 ZPO)	237

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 8

	Rn
3. Abänderungsklage	248
4. Einstweiliger Rechtsschutz	258
III. Anerkennung und Vollstreckung nach Staatsvertragsrecht	259
IV. Beitrittsgebiet (ehemalige DDR)	268

§ 8 Verfahrensrecht

1. Abschnitt: Verfahrensgegenstand, Zuständigkeit und Gericht

I. Überblick	1
II. Verfahrensgegenstand	
1. Familiensachen der gesetzlichen Unterhaltspflicht	2
2. Die Nichtfamiliensachen	4
III. Bestimmung des zuständigen Gerichts (Kompetenzkonflikt)	6
IV. Das Familiengericht	
1. Die sachliche Zuständigkeit	9
2. Die örtliche Zuständigkeit	11
3. Abgabe und Verweisung	12
4. Der Familienrichter	16

2. Abschnitt: Schaffung und Abänderung von Unterhaltstiteln

I. Gewöhnliche Leistungsklage	
1. Allgemeines	133
2. Verhältnis zu anderen Titeln	134
3. Rechtsschutzbedürfnis/Titulierungsinteresse	135
4. Streitwert/Aufrechnung	135 a
II. Zusatzklage, Nachforderungsklage, Teilklage	136
III. Abänderungsklage (§ 323 ZPO)	
1. Allgemeines	138
2. Rechtsnatur	139
3. Streitgegenstand	140
4. Anwendungsbereich	141
5. Die Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO) bzw. zur Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO)	145
6. Abgrenzung von Abänderungsklage und negativer Feststellungsklage	150
7. Die Abgrenzung zwischen Abänderungs- und Zusatz- bzw. Nachforderungsklage	151
8. Abgrenzung zwischen Abänderungsklage und Rechtsmittel	153
9. Zulässigkeit der Abänderungsklage	154
10. Begründetheit der Abänderungsklage	158
11. Beweislast im Abänderungsverfahren	166
12. Die Abänderungsentscheidung	167
13. Die Schuldtitel des § 323 IV ZPO	168
14. Grundlagen und Ausmaß der Abänderung von Vergleichen und anderen Titeln	169
15. Abänderungsklage und vereinfachtes Verfahren nach § 655 ZPO	175

	Rn
IV. Vollstreckungsabwehrklage (§ 767 ZPO)	
1. Gegenstand	177
2. Zuständigkeit gemäß § 767 I ZPO	178
3. Anwendbarkeit auf andere Titel als Urteile	179
4. Einwendungen	181
5. Rechtskraft/Rechtsschutzbedürfnis	183
6. Verzicht auf Klage	184
7. Verbindung der Vollstreckungsabwehrklage mit einer Abänderungsklage	185
8. Abwehrklage und negative Feststellungsklage bzw. Leistungsklage	186
9. Abwehrklage und Berufung	187
10. Abwehrklage und vorausgegangenes Versäumnisurteil	188
11. Vollstreckbarkeit	189
V. Feststellungsklage (§ 256 ZPO)	
1. Allgemeines	190
2. Feststellungsinteresse	191
3. Abgrenzung zu anderen Verfahren	193
4. Prüfungs- und Entscheidungsumfang	194
5. Darlegungs- und Beweislast	195
6. Rechtskraft	196
7. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	197
8. Streitwert	198
VI. Bereicherungsklage, Schadensersatzklage	199
VII. Drittschuldnerklage	202
VIII. Isolierte Auskunftsklage	203
IX. Stufenklage	213
X. Anpassungsklage bei außergerichtlicher Unterhaltsvereinbarung	221
XI. Mahnverfahren (§§ 688 ff. ZPO)	222
XII. Wiederaufnahmeverfahren (§§ 578 ff. ZPO)	223
XIII. Die Widerklage	
1. Allgemeines	224
2. Erhebung der Widerklage	224 b
3. Die allgemeinen Prozessvoraussetzungen	224 c
4. Der Zusammenhang des § 33 I ZPO	224 d
5. Der Zusammenhang von Klage und Widerklage	224 e
6. Die Parteien der Widerklage	224 f
7. Identität der Prozessart von Klage und Widerklage	224 g
8. Sonderformen der Widerklage, Hilfswiderklage	224 h
9. Feststellungswiderklage	224 i
10. Wider-Widerklage	224 j
11. Gerichtsstandsvereinbarungen	224 k
3. Abschnitt: Vorläufige Regelung und Sicherung von Unterhaltsansprüchen	
I. Die einstweilige Anordnung in Unterhaltsverfahren	
1. Gegenstand	225
2. Voraussetzungen	226
3. Zuständigkeit	227
4. Antrag	228

Inhalt

Inhaltsverzeichnis § 8

	Rn
5. Regelungsbedürfnis	229
6. Wirkung	230
7. Anfechtbarkeit	231
8. Einstweilige Anordnungen gem. § 641 d ZPO	247
9. Die einstweilige Anordnung des § 644 ZPO	248
II. Die einstweilige Verfügung	
1. Allgemeines	250
2. Zuständigkeit	251
3. Voraussetzungen	252
III. Arrest (§§ 916 ff. ZPO)	262
4. Abschnitt: Rechtsmittel in Unterhaltssachen	
I. Die Fortführung der Instanz	267
II. Die PKH-Beschwerde	268
III. Berufung	
1. Allgemeines	269
2. Zuständigkeit und Eingang	270
3. Anwaltszwang	272
4. Übergangsrecht	272 a
5. Frist	273
6. Äußere Form der Berufungsschrift	273 a
7. Genaue Bezeichnung des Urteils	275
8. Berufungssumme/Beschwer	276
9. Berufungsbegründung	277
10. Berufungserweiterung, Klagerweiterung	287
11. Klageänderung/Parteiänderung	289
12. Die Berufungserwiderung	290
13. Verbund in 2. Instanz	291
14. Das Berufungsurteil	292
15. Rücknahme/Verzicht	295
16. Prozesskostenhilfe in 2. Instanz	300
17. Der Einzelricht seit dem 1. 1. 2002	300 a
18. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	301
19. Neuere BGH-Rechtsprechung zur Wiedereinsetzung	304
IV. Anschlussberufung (§ 524 ZPO)	305
V. Die Revision	312
VI. Beschwerden: Sofortige Beschwerde und Rechtsbeschwerde	
1. Sofortige Beschwerde	319
2. Rechtsbeschwerde	320
5. Abschnitt: Das vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger (§§ 645–660 ZPO)	
1. Allgemeines	321
2. Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens	322
3. Anpassung von Unterhaltsrenten	324
4. Erstmalige Unterhaltsfestsetzung i. S. d. § 645 II ZPO	326
5. Formalien, Kosten, Streitwert und PKH	327
6. Zurückweisung des Antrags	331

	<i>Rn</i>
7. Verbindung mehrerer Verfahren	332
8. Mitteilung an Antragsgegner	333
9. Einwendungen des Antragsgegners	334
10. Folgen der Einwendungen	338
11. Der Festsetzungsbeschluss gem. § 649 ZPO	339
12. Rechtsmittel gemäß § 652 ZPO	341
13. Der Teilbeschluss gem. § 650 S. 2 ZPO	344
14. Das streitige Verfahren des § 651 ZPO	345
15. Regelbetragsunterhalt bei Vaterschaftsfeststellung gemäß § 653 ZPO	347
16. Die Abänderungsklage des § 654 ZPO	350
17. Die Kindergeldänderung gem. § 655 ZPO	354
18. Die Änderungskorrekturklage des § 656 ZPO	356
19. Übergangsregelungen	358
	<i>Seite</i>
Anhang L: Unterhaltsrechtliche Tabellen	1257
Anhang R: Rechtsprechungsauszüge	1265
Register der auszugsweise abgedruckten Entscheidungen	1757
Sachverzeichnis	1785

